**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:**
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

**Abend-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

**Extra-Beilagen** (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Anzeigen:**
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

**№ 201.** Dienstag den 23. April 1895. **89. Jahrgang.**

## Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 23. April.

Die in unserer heutigen Morgenausgabe mitgetheilte Auslassung des „Reichsanzeigers" über die **Umsturzvorlage** — eine Zurückziehung derselben sei nicht in Aussicht genommen, da die verbündeten Regierungen an der Erwartung festhalten dürften, daß es in den weiteren Berathungen des Reichstags gelingen werde, der durch die Commissionsberathung erheblich umgestalteten Vorlage eine Form zu verschaffen, welche den von den verbündeten Regierungen bei der Einbringung verfolgten Absichten gerecht werde — ist zwar überaus vorsichtig gehalten, entbehrt aber doch nicht der Bedeutung. Die Verscherung, der Entwurf werde nicht zurückgezogen werden, besagt zwar etwas, was nicht bezweifelt werden konnte. Wir wenigstens haben weder geglaubt noch gewünscht, das Ende der Sache möge das der preußischen Schulvorlage von 1892 sein. Dort handelte es sich um den vom Centrum und den Conservativen allerdings auch im reactionären Sinne verschärften, aber in seinem Wesen unberührt gebliebenen Regierungsentwurf. Was die Zurückziehung zu bedeuten hatte, war — auch ohne den Rücktritt des Grafen Caprivi vom preußischen Ministerpräsidium und ohne das Ausscheiden des Grafen Zedlitz aus dem Ministerium — vollkommen klar: das Abgehen von dem Entschlusse, sich in einem schroffen Gegensatz zu dem freigesinnten Theile der Bevölkerung zu setzen. Würde die Umsturzvorlage zurückgezogen, so bliebe im Dunkeln, auf was die Regierung verzichte, ob auf ihre Vorschläge, oder die Commissionsbeschlüsse, oder — auf keines von Beiden. Hinsichtlich der Centrumszuthaten liegt die Sache auch insofern anders, als beim Schulgesetz, als für dieses eine Mehrheit im Abgeordnetenhause vorhanden war, während jene der Ablehnung sicher sind. Die Zurückziehung könnte mithin auch aus Gründen der Opportunität erfolgen. Wir müssen aber bei unserer wiederholt vertretenen Auffassung bleiben, daß die politische Lage eine Erklärung der Regierungen zu den in der Commission angenommenen Centrumsanträgen erfordert. Und zwar eine Erklärung, an der sich nicht deuteln läßt. Angedeutet, so glauben wir wenigstens, ist die Ansicht der Regierungen schon an jener Stelle der Auslassung des „Reichsanzeigers", wo gesagt wird, die Commissionsberathungen hätten die Vorlage „erheblich umgestaltet" und die Regierungen hielten an der Erwartung fest, der Reichstag werde ihr eine „Form verschaffen, welche den von den verbündeten Regierungen bei der Einbringung verfolgten Absichten gerecht wird." Diese Fassung ist doch kaum anders als dahin zu verstehen, daß die Regierungen der Meinung sind, die Commissionsberathungen hätten der Vorlage die den ursprünglichen Absichten entsprechende Gestalt genommen. Das ist bekanntlich auch die Auffassung der Nationalliberalen. Nur kommt es darauf an, ob die Regierungen die vom Centrum bewirkten Aenderungen in demselben Umfang für zweckwidrig erachten, wie der gemäßigte Liberalismus. Eine gleichzeitig erfolgte Ergießung der „Nordd. Allgemeinen Ztg." läßt das bezweifeln. Sie ist allerdings nur auf jene eine Stelle innerhalb der preußischen Regierung zurückzuleiten, wo man seine Neigung, die Frage der Freiheit von Wissenschaft und Kunst cavalièrement zu behandeln, keinen Augenblick verborgen hat.

---

Die ohnehin schwachen Hoffnungen auf eine Beendigung des **Zollkrieges zwischen Deutschland und Spanien**, die nur durch ein Entgegenkommen von Seiten des letzteren Landes zu erreichen ist, sind durch den Cabinetswechsel vollends vernichtet worden. Den Geist, von welchem z. B. der neue Finanzminister den deutschen Producenten gegenüber beseelt ist, kann man aus folgender Ausführung des „Liberal" erkennen:

„Der Finanzminister hatte eine lange Besprechung mit dem Minister des Aeußeren über eine Angelegenheit, die nicht ohne Wichtigkeit ist. Wie es scheint, führt nach dem Abbruch der Handelsbeziehungen Deutschland doch noch fort, uns mit seinen Producten zu beglücken, und zwar werden diese in einer Weise eingeführt, daß sie nur den Zoll für die Vertragsländer zahlen. Das Verfahren, das bei diesem Schmuggel angewandt wird, soll folgendes sein. Der deutsche Fabrikant nationalisirt die Waaren, die für Spanien bestimmt sind, in Ländern, die mit uns Verträge haben, und führt sie dann mit Ursprungszeugnissen von dort ein. Um die Fortdauer dieses Betruges zu verhindern, haben die beiden Minister beschlossen, eine Commission zu ernennen, die aus Beamten ihrer Ministerien bestehen und ein neues Formular für Ursprungszeugnisse ausarbeiten soll, das diesem Schmuggel möglichst ein Ende macht."

Angeblich hat sich die Schweiz, denn darauf bezieht sich die obige Stelle, bereit erklärt, dem spanischen Consul in Bern eine Liste aller Schweizer Häuser einzureichen, die nach Spanien exportiren. Nach der Schilderung, die spanische Blätter von dem jetzigen Finanzminister entworfen und von der auch wir Notiz genommen haben, sollte gerade er besonders vorsichtig sein, in dieser Allgemeinheit von dem betrügerischen Vorgehen deutscher Fabrikanten zu sprechen, wenn er dafür nicht unzweifelhafte Beweise beibringen kann.

---

Dem Vertreter des „Reuter'schen Bureaus" in Yokohama ist gestern, wie uns ein besonderes Telegramm meldet, von **japanischer** Seite folgende officielle Mittheilung gemacht worden:

„Aus Europa wird uns berichtet, daß dort allerhand mißverständliche Auffassungen über die Bedingungen des Friedensvertrages umlaufen. Man stellt es so dar, als ob Japan sich für seine Einfuhr nach China einen zweiprocentigen Werthzoll statt der allgemeinen Zollsätze gesichert habe, und behauptet, daß Japan ein Schutz- und Trutzbündniß mit China abgeschlossen habe. Die von Japan errungenen Concessionen auf handelspolitischem Gebiete umfassen —, soweit sie über diejenigen Berechtigungen hinausgehen, welche den Vertragsmächten infolge der Clausel der meistbegünstigten Nation schon jetzt zustehen —: das Recht der Schifffahrt auf dem Jangtsekiang bis nach Tschunking und auf den Wusungfluß nebst Canälen, wodurch der Zugang nach Suitschau und Hangtschau ermöglicht wird, ferner die zollfreie Einfuhr von Maschinen und gewissen Waarengattungen, sowie das Recht, Fabriken in China anzulegen. Diese Concessionen kommen keineswegs Japan ausschließlich zu Gute, sondern werden sich natürlich auch auf die europäischen Mächte Kraft der Meistbegünstigungsclausel ausdehnen; kurz gesagt: Japan hat diese Privilegien nicht nur sich selbst, sondern auch den Vertragsmächten gesichert. Japan erwartet daher naturgemäß auch die Zustimmung aller Vertragsmächte. Die erwähnten mißverständlichen Auffassungen sind wahrscheinlich in Folge der mangelhaften Kenntniß der Journalisten von den zwischen den Mächten und China bestehenden Verträgen entstanden. Was die Meldung von einem Schutz- und Trutzbündniß betrifft, so ist auch diese völlig unbegründet."

Die hier gerügten „Mißverständnisse" betreffen, ebenso wenig wie die dem Reuter'schen Vertreter gemachten Eröffnungen den Kern des Friedensvertrages. Daß die Meistbegünstigungsklausel unter den neuen Verhältnissen nicht gänzlich außer Wirksamkeit tritt, scheint selbstverständlich und ist ernstlich niemals bezweifelt worden. Allein de facto wird doch Japan allein oder in erster Linie die Vortheile dieser Concessionen genießen. Im Vorstehenden ist nur ein kleiner Theil der Bedingungen genannt, wie überhaupt aus dem ganzen Friedensvertrag bisher nur Bruchstücke bekannt gegeben worden sind. Wenn japanischerseits in der That Gewicht darauf gelegt werden sollte, etwaigen falschen Auffassungen entgegenzutreten, so müßte Japan sich entschließen, den Gesammtvertrag unverzüglich der Oeffentlichkeit zu übergeben. Daß übrigens ein Schutz- und Trutzbündniß, (wenn, woran wir nicht glauben, ein solches thatsächlich abgeschlossen sein sollte) nur in einem für die Oeffentlichkeit nicht bestimmten Geheimvertrage festgesetzt sein könnte, bedarf kaum des Hinweises. — Im Uebrigen darf man, glauben wir, den Leitern unserer auswärtigen Politik, namentlich dem obersten verantwortlichen Leiter derselben, dem Fürsten Hohenlohe, der offenbar gewillt ist, im Verkehr mit den fremden Mächten den Bismarck'schen Traditionen zu folgen, wohl das Vertrauen entgegenbringen, daß sie der übernommenen, überaus heiklen Aufgabe zu genügen wissen werden, ohne durch eine Brüskirung Japans, durch ein schroffes Eingreifen in sein Selbstbestimmungsrecht die deutsch-freundliche Stimmung, welche in diesem mächtig aufstrebenden Staatswesen durch die correcte Haltung unserer amtlichen Kreise und die im großen und ganzen sympathische Stellungnahme der deutschen Presse hervorgerufen worden ist, in das Gegentheil zu verwandeln. Der dadurch verursachte Schaden könnte größer sein, als der Gewinn, den unsere Industriellen, unsere Kaufherren und Rheder aus einer mehr oder minder einschneidenden Revision des Vertrags von Shimonoseki zu ziehen vermöchten. Denn wie man denselben auch umgestalten möge, Eins wird man nicht verhindern können: das Eintreten des durch seine Lage und seine glücklichen Productions-Bedingungen selbstverständlich im Vortheil befindlichen Japans in die Reihe der im Verkehr mit China meistbegünstigten Staaten. — Von den heute telegraphisch vorliegenden russischen und französischen Preßstimmen über den Frieden von Shimonoseki theilen wir die folgenden zwei, offenbar die Auffassung der betreffenden Regierungskreise widerspiegelnden Auslassungen mit:

P. Petersburg, 22. April. (Privatmeldung.) In einem Artikel der „Nowosti" aus der Feder eines hervorragenden Militairs wird die Annectirung der Halbinsel Liao-Tong Seitens **Japans** als die Erwerbung des besten und stärksten Bollwerkes ganz Chinas bezeichnet, der die Herrschaft über Korea, die Ebene von Peking und die Mandschurei sowie über alle Wege in diesen Gebieten sichert. Japan habe diese Position in der offenbaren Absicht erworben, die Eroberung Chinas fortzuführen; der gegenwärtige Krieg sei nur der erste Schritt. Die strategische Bedeutung der Halbinsel Liao-Tong erstrecke sich über Korea und die Mandschurei auf die russischen Besitzungen. Wenn das alte, im Absterben befindliche China systematische Vorbereitungen zum Einfluß in die russische Provinz Ussuri traf, Truppen in dem Dreieck San-Sin, Girin und Kutschan concentrirte, dort Befestigungen baute, Wege traciirte, Pulvermagazine gründete u. s. w., so werde umsomehr Japan, ein unternehmendes, nach Ruhm und Eroberungen begieriges Land, den Amur zur russisch-japanischen Grenze machen wollen. Rußland müsse diese Absicht in Rechnung ziehen, was auch die Japaner dazu sagen mögen, und sich durch entschiedene Maßregeln der Realisirung dieser Absicht widersetzen.

Aehnlich äußert sich das Organ der französischen Regierung:

* Paris, 22. April. Der „Temps" schreibt, der Friede von Shimonoseki gestatte Japan, in Zukunft die Macht Chinas zu seinem eigenen Vortheil zu confisciren. Das würde eine vollständige Zerstörung des Gleichgewichts im äußersten Orient und eine schwere Verletzung der Rechte der an China angrenzenden Mächte bedeuten. Die Cabinette von Petersburg, Paris und Berlin hätten diese Gefahr erkannt und Japan von einem solchen Unternehmen abgerathen. Die genannten Cabinette seien einig in dem Bestreben, eine gütliche Lösung herbeizuführen und hierbei einen Japan genehmen Weg einzuschlagen, sei es, daß das Vorbild des Berliner Congresses nach dem Frieden von San Stefano nachgeahmt würde oder ein Gebietsaustausch der interessirten Mächte stattfinde. Europa würde es unverzüglich finden, wenn eine westliche Macht (gemeint ist natürlich England. Die Red.) aus Egoismus isolirt vorginge.

Was England betrifft, so scheint es nach einer Auslassung der ministeriellen „Daily News" thatsächlich dem laisser faire huldigen zu wollen. So gewaltig die Veränderungen auch seien, welche die Ereignisse auf dem ostasiatischen Kriegstheater geschaffen, man müsse suchen, sie zum Guten zu wenden, und England habe das immer verstanden. Es sei wirklich etwas Erhebendes in dem Gedanken, daß China jetzt dem Unternehmungsgeiste der Menschheit offen stehe, der neue Vertrag bringe in industriellen Beziehungen nur neue Gelegenheiten u. s. w. England sucht also bei dem mächtig vorwärtsschreitenden Japan sich schon jetzt lieb Kind zu machen und sucht der veränderten Lage ihre vortheilhaftesten Seiten abzugewinnen. Indessen fehlt es auch in England nicht an Stimmen, die das solidarische Interesse aller europäischen Mächte gegenüber dem Vordringen Japans nachdrücklich betonen. So hat der britische Marinecapitain Lord Charles Beresford sich zu einem Vertreter des Reuter'schen Bureaus folgendermaßen über die Entwickelung der Dinge in Ostasien geäußert:

„England darf niemals vergessen, daß es mit Staaten zu thun hat, deren Metier die Intrigue ist. Legen wir uns auf Intriguen, so werden wir sicher geschlagen werden. Ausweichende Sprache wird sicherlich zu Schwierigkeiten führen. Wir können sehr wohl Japan als neue Großmacht anerkennen und zugleich auf diplomatischem Wege dafür sorgen, daß unsere Interessen nicht geschädigt werden. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen die neue Macht anerkennen. Und es ist eine furchtbare Macht. Daß sie uns aber stärker zu benachtheiligen suchen wird als andere Mächte, sehe ich nicht ein. Jedenfalls ist es aber gerathen, eine möglichst starke Marine zu besitzen. . . . . Japan hat in den letzten 40 Jahren alle die Verwaltungsphasen durchgemacht, wozu England 800 und Rom 600 Jahre gebraucht haben. In Japan scheint Alles möglich zu sein . . . . . Wenn die Japaner Port Arthur und Wei-hai-wei besetzt halten, so ist das ungefähr ebenso, als wenn ein Feind Portsmouth und Plymouth in Besitz hat . . . . . Wird das chinesische Reich den Ausländern geöffnet, so wird jedenfalls eine starke chinesische Auswanderung eintreten. Dann wird die Welt mit wohlfeiler Arbeit überschwemmt werden. Daraus können noch einmal heikle Fragen entstehen."

---

## Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 22. April. Die Versuche, aus der Eisenacher Stichwahl politisches Capital zu schlagen, sind schon verstummt. Es wäre auch eitel gewesen, sie fortzusetzen. Was die Stellung der Wähler in Eisenach-Dermbach zur Umsturz-Vorlage betrifft, so sind selbstverständlich die 9000 Stimmen des Siegers gegen diese Vorlage abgegeben. Aber auch der unterlegene Dr. Rösicke hatte sich gegen sie erklärt. Von seinen 5600 Stimmen fallen weitaus die meisten auch noch in die Waagschale gegen die Vorlage. Die 1000—1500 Conservativen, die im Kreise höchstens vorhanden sein mögen, haben ihn vielleicht gewählt, obgleich er die Einsiedelung des Bundes der Conservativen mit den Klerikalen störte; möglicherweise ist aber auch ihnen die Ueberwindung nicht allzu sauer geworden. Was jedoch in Wirklichkeit bei dieser Stichwahl entschieden wurde, hat mit allen actuellen Fragen wenig zu thun. Es handelte sich, soweit wir wenigstens das Empfinden der Wähler selbst verstehen, lediglich um eine Wahrung von Interessen, die in diesem Falle den sämmtlichen Parteien gemeinsam waren. Der hochmüthig und rücksichtslos unternommene Einfall in den Wahlkreis brachte alle vorhandenen Parteien in ihrer Organisation zu durchbrechen. Die nationalliberale wie die antisemitische Parteileitung im Kreise glaubte zwar, bei der Stichwahl den Abwehrkampf nicht fortführen zu sollen, die Erbitterung der Wähler war aber viel zu groß, um das Kriegsbeil schon aus der Hand zu legen. Namentlich bei den Antisemiten. Wir begegnen an einzelnen Wahlorten dem ziffermäßigen Beweis, daß die Antisemiten in der Stichwahl fast noch eifriger für Casselmann, als vorher für ihren eigenen Candidaten gestimmt haben. Das wurde ihnen ja durch die vorausgegangene Entscheidung in Eschwege erleichtert. Aber der Dank für die freisinnige Stichwahlhilfe für Jskraut wurde sicher noch übertroffen von dem Zorn und Haß gegen den rücksichtslosen Eindringling Rösicke, der zu ernten dachte, wo sie gesäet hatten.

— Außer den bereits genannten Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd, die an der Eröffnungsfahrt durch den Nordostsee-Canal theilnehmen, werden auf Wunsch des Kaisers noch zwei Hamburger Dampfer, die „Rugia" und „Rhaetia" und das Bremer Schiff „Habsburg" als Hotelschiffe in Kiel während des Festes stationirt sein, um Personen der Hofgesellschaft Wohnung zu bieten. Die Vermiethung der Plätze erfolgt durch das Ober-Hofmarschallamt.

— Fürst Bismarck sagte kürzlich zu den Vertretern der deutschen Innungen: „Wir können Zwangsinnungen heutzutage nicht mehr in die Wirklichkeit bringen." Die „Kreuzzeitung" erklärt dagegen, ebenso wie der deutsche Handwerkertag (vergl. den Bericht. Red.), daß sie von ihrem Standpuncte auch nicht um ein Haar zurückweicht: „Für das deutsche Handwerk giebt es ohne die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis schlechterdings kein Heil."

— Wie die „Kreuzztg." mittheilt, hat der Cultusminister Dr. Bosse bei der Ansprache, die er bei der Eröffnung des naturwissenschaftlichen Feriencursus an die anwesenden Directoren und Lehrer höherer Lehranstalten gerichtet hat, auch die äußeren Verhältnisse der höheren Lehrer berührt. Nachdem er in höchst anerkennender Weise des idealen Strebens gedacht hatte, das den ganzen Stand auszeichne, kam er auf die Verhältnisse zu sprechen, wie sie durch den Besoldungsetat vom Jahre 1892 geschaffen worden seien, indem er zu einer besonnenen und gerechten Würdigung des bereits Erreichten ermahnte. Wenn die Unterrichtsverwaltung noch nicht Alles erreicht habe, was sie selbst lebhaft wünsche, so

---

# Feuilleton.

## Die Französin.

18] Roman von Arthur Zapp. Nachdruck verboten.

(Schluß.)

Auf die Meldung Else's, daß Madeleine sich wegen Unwohlseins entschuldigen lasse, hatte die Frau Oberst sich vom Tisch erheben wollen, um selbst nachzusehen. Aber der Oberst hatte sie zurückgehalten.

„Laß sie nur!" sagte er in seiner milden Weise. „Die Ruhe wird ihr gut thun und in der Einsamkeit wird sie sich am ehesten selbst wiederfinden."

Von dem, was er durch Lieutenant Kramer erfahren, hatte er nur das Nothwendigste, um des Franzosen Verhaftung zu erklären, mitgetheilt. Madeleine's Antheil an der ganzen Angelegenheit hatte er mit keinem Worte berührt.

Die Frau Oberst erklärte sich wie aus den Wolken gefallen. Gerade auf sie hatte der Franzose von allem Anfang den besten Eindruck gemacht. Die überraschenden Enthüllungen über die Persönlichkeit des Pariseers erweckten ihr lebhaftes Interesse.

„Also ein französischer Officier war's", rief sie mit einer ganz leisen inneren Genugthuung. „Was Du sagst! Ja, ja, er hatte so etwas Chevaleresles. Mir fiel es ja gleich auf. Aber freilich, wer konnte darauf kommen! Also der Spionage wegen hielt er sich hier auf? Hm! Wer hätte das gedacht?!"

Die Frau Oberst legte viel Lust an den Tag, diese Frage eingehend mit allen Details zu erörtern, aber der Oberst gab eine so ausgesprochene Abneigung zu erkennen, über das ihm peinliche Thema zu discutiren, daß sie schließlich davon stillschwieg und die Befriedigung ihrer Wißbegierde für eine günstigere Zeit aufschob.

Else und Herbert waren innerlich zu sehr mit sich beschäftigt, als daß sie sich zum Sprechen aufgelegt gefühlt hätten und so schlich sich die Unterhaltung nur träge zwischen dem Oberst und seiner Gattin hin.

Das Stillschweigen, das zuletzt eintrat, wurde plötzlich durch laute Hilferufe, die vom Corridor hereindrangen, unterbrochen. Es war Thielke's Stimme, die sich gellend, mit dem Ausdruck lebhaftesten Schreckens vernehmen ließ.

„Zu Hilfe! Zu Hilfe! Herr Oberst!"

Herbert war der Erste, der zur Thür hinaus war.

Eine Ahnung sagte ihm, daß es sich um Madeleine handelte, daß ihr irgend ein Unglück widerfahren. Und so eilte er direct in ihr Zimmer. Mit dem ersten Blick erkannte er die Situation.

Thielke, der inzwischen in das Zimmer zurückgeeilt war, kniete neben Madeleine, die bewußtlos am Boden lag. Der alte Bursche bemühte sich, den Oberkörper der Kranken in die Höhe zu richten, während ihm Worte der Theilnahme und des Schreckens über die Lippen drangen: „Ach Gott, Fräulein — Fräuleinchen! Was — was ist den blos? Mein Gott, der Schrecken! Nee — nee so was! Fräulein — Fräuleinchen, hören Sie mich denn nicht? Ich bin es ja — Thielke! Wie ist Ihnen denn?"

Herbert war mit einem Satze an Thielke's Seite, drängte den Diener zurück und hob mit Riesenkraft, mit der ihn die Aufregung des Augenblicks begabte, die Ohnmächtige in die Höhe und bettete sie sanft auf dem Sopha. Sie lag mit halb geschlossenen Augen, die Lider bewegten sich zitternd und zeigten einen starren verglasten Augapfel. Das Gesicht war fahl und farblos wie das einer Todten. Der Anblick brachte ihn außer sich und ein folternder Schmerz krampfte ihm das Herz zusammen. Die Leidenschaft, die durch die Ereignisse der letzten Wochen gewaltsam in ihm zurückgedrängt, loderte in hellen Flammen auf.

„Madeleine!" rief er. „Madeleine! Was hast Du gethan? Du darfst nicht sterben. Wir alle haben Dich ja lieb. Madeleine, meine liebe, liebe Madeleine!"

Er hielt ihren Oberkörper in seinen Armen und sah mit Blicken voll Angst und zärtlicher Liebe auf sie nieder.

Inzwischen waren auch die übrigen Familienmitglieder in das Zimmer getreten.

Das am Boden liegende Glas, in dem noch ein Bodensatz des Giftes zurückgeblieben, erklärte Madeleine's Zustand.

Die Frauen schrieen entsetzt auf.

Der Oberst aber verlor seine Geistesgegenwart nicht. Er hieß Thielken die leichtfüßige Zofe seiner Gattin zum nächsten Arzt senden. Dann ließ er lauwarme Milch herbeibringen und wandte selbst die üblichen ersten Mittel an, um der Wirkung des Giftes vorzubeugen.

XV.

Von der Militairbehörde war der ihr von Lieutenant Kramer eingelieferte, der Spionage angeschuldigte Arrestant einem kurzen Verhör unterworfen worden, das sich hauptsächlich um die bei ihm vorgefundenen militairischen Aufzeichnungen drehte.

Der Franzose erklärte, wie die Papiere insbesondere der von der Hand des Oberst von Marenburg herrührende strategische Aufsatz in seinen Besitz gekommen. Als Gast der Familie des Oberst habe er sich heimlich in das Arbeitszimmer des letzteren geschlichen und das auf dem Schreibtisch liegende Schriftstück entwendet. Mitschuldige habe er keine.

Die Militairbehörde that was ihre Pflicht war: sie überwies den Arrestanten zur weiteren Untersuchung der Sache und zu seiner gerichtlichen Aburtheilung der zuständigen Civilbehörde.

Die Lage des Franzosen war eine hoffnungslose.

Zu verheimlichen und zu beschönigen war nichts mehr. Er hatte sich neben dem Landesverrath des Diebstahls schuldig gemacht und eine harte entehrende Strafe: mehrjährige Gefängniß- oder gar Zuchthaushaft war ihm sicher.

Eine dumpfe Verzweiflung bemächtigte sich Gaston de St. Sauveurs.

Er mit seinem lebhaften Temperament, gewöhnt an Bewegung und an eine ehrenvolle emsige Thätigkeit, an ein abwechslungsreiches Gesellschaftsleben, an Freude und Lust, er sollte hinter engen Mauern schmachten lange, lange Jahre, zu lästiger, ordinärer Arbeit verdammt, in der Gewalt verhaßter Feinde! Wenn er irgend eine Waffe zur Verfügung gehabt, er hätte ohne Besinnen den Tod einer solchen Zukunft vorgezogen.

Als man den Gefangenen unter der üblichen militairischen Bedeckung aus dem Militairgefängniß entließ, um ihn in die Civilhaft überzuführen, keimte ein wahnsinniger Entschluß in ihm auf. Kaum hatte er inmitten seiner militairischen Begleiter die Brücke betreten, welche über den breiten Hauptgraben führte und die Festungsanlagen mit der Stadt verband, als er mit jähem Sprung an dem Brückengeländer war und sich, ehe noch einer der überraschten Bedeckungsmannschaften sich zum Handeln aufgerafft, ins Wasser stürzte.

Wohl schwamm er, mit kräftigen Armen die Wellen theilend, eine Strecke hinab, aber noch ehe er das Ufer erreicht, hatte eine auf dem Wall stationirte Schildwache das schußfertige Gewehr in Anschlag gebracht und eben als er den Fuß ans Land setzte, streckte ihn eine wohlgezielte Kugel zu Boden.

Das Geschoß war ihm vom Rücken aus in die Lunge gedrungen und wenige Stunden nach seiner Verwundung hauchte Gaston de St. Sauveur seinen letzten Seufzer aus — ein Opfer des Chauvinismus und der Revancheidee.

Auf die Mitglieder der Familie des Obersten von Marenburg brachte die Kunde von dem plötzlichen Tode des französischen Spions, die sich rasch in der Stadt verbreitete, eine verschiedenartige Wirkung hervor. Die Frau Oberst und Else von Marenburg bedauerten den interessanten jungen

SLUB
Wir führen Wissen.